



<https://biz.li/2td4>

WIE KANN DER EINBRUCHSKRIMINALITÄT BESSER BEGEGNET WERDEN?

Veröffentlicht am 27.04.2016 um 20:12 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Der CDU-Stadtverband Burgwedel lädt die Bürgerinnen und Bürger am Donnerstag, 19. Mai 2016, um 19.00 Uhr zu einer Informationsveranstaltung zur Einbruchsprävention in den Amtshof in Großburgwedel ein. Hintergrund der Veranstaltung ist die hohe Zahl von Wohnungseinbrüchen in der nördlichen Region Hannover. Rainer Fredermann, Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes, und der Leiter des Polizeikommissariates Großburgwedel, Günter Heller, werden in das Thema einführen. Unter dem Motto "Stehlen Sie dem Einbrecher Zeit" wird dann Polizeihauptkommissar Uwe Bollbach vom Präventionsteam der Polizeiinspektion Burgdorf Hinweise und Tipps zum sicherheitsbewussten Verhalten beim Schutz gegen Einbrecher geben. Anschließend erläutert Polizeikommissar Bernd Ingelmann von der Technischen Beratungsstelle der Polizeidirektion Hannover die Aspekte des Einbruchschutzes. Dabei werden beispielhaft typische Schwachstellen aufgezeigt, wesentliche Normen für Sicherungstechnik beim Neubau und bei der Nachrüstung erläutert und damit verbundene Fragen beantwortet. Im Bedarfsfall werden gern auch Daten für eine kostenlose persönliche polizeiliche Beratung vor Ort entgegen genommen. "Mit dieser Veranstaltung soll dazu beigetragen werden, Missverständnisse und Vermutungen auszuräumen und wirksame Maßnahmen zur Einbruchsprävention zu präsentieren. So könnten Hausbesitzer selbst viel tun, um sich gegen Einbrüche besser abzusichern", so Fredermann. Gerade für die Reisezeit in den Sommerferien gibt es einige Grundregeln, die das Einbruchsrisko deutlich minimieren. Die Teilnahme an dieser Informationsveranstaltung ist kostenlos, eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Der Landtagsabgeordnete kündigte an, dass er sich auch in seiner politischen Arbeit um eine bessere Einbruchsprävention kümmern wolle. Hierzu habe die CDU-Landtagsfraktion bereits weitreichende Vorschläge eingebracht, die in den kommenden Monaten im Innenausschuss des Landtags beraten werden.